



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
Kinderkommission

**Kommissionsdrucksache der
20. Wahlperiode**

20/17

Berlin, 31. Januar 2025

Emilia Fester, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10557 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema: „Jetzt reden wir! – Wie junge Menschen leben, kämpfen und gestalten“

Junge Menschen sind überall: Sie sind heute Teil unseres Lebens, unserer Gesellschaft und mittelbar auch Teil unseres politischen Handelns – und für sie braucht es nachhaltige Veränderung. Denn sie sind eben auch noch in weiter Zukunft hier: auf diesem Planeten, in diesem Sozialsystem, in dieser Gesellschaft, in unseren Städten und Dörfern, als Eltern, als Fachkräfte, als Sportlerinnen, als Engagierte, als Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist Jugendpolitik nicht nur ein Politikfeld, sondern auch eine generalistische Perspektive.

Unter dem Motto „Jetzt reden wir! – Wie junge Menschen leben, kämpfen und gestalten“, widmete sich die Kinderkommission des Deutschen Bundestags während der Vorsitzzeit von Emilia „Milla“ Fester (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), vom 14. Juni bis 31. Dezember 2023 den Lebensrealitäten von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

In neun thematisch variierenden Sitzungen wurden gezielt Personen unter 27 Jahren eingeladen, um über ihre Perspektiven und Erfahrungen zu berichten. Dabei standen explizit nicht „Jugendpolitik“, sondern unterschiedliche Fachthemen und Lebensbereiche im Fokus:

- Bildung, Schule, Digitalisierung und Medienpädagogik
- Soziale Gerechtigkeit, Ausbildung, Arbeit
- Freizeit, Kultur und Stadtplanung
- Umwelt



- Mobilität & Klima
- Rassismus - Antirassismus
- Queer
- Rente
- Beteiligung & Demokratie

Diese Sitzungen boten die Möglichkeit, die Analysen, Ideen und Forderungen junger Menschen direkt zu hören und zu diskutieren.

Die Ergebnisse der Fachgespräche verdeutlichen: Junge Menschen sind Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelten und bringen wertvolle Beiträge zur Gestaltung der Gesellschaft ein. Sie fordern zu Recht, dass ihre Meinungen, Sorgen und Vorschläge gehört und berücksichtigt werden. Ihre Forderungen reichen von mehr Beteiligungsmöglichkeiten über eine gerechtere Gesellschaft bis hin zu einer stärkeren Berücksichtigung ihrer Perspektiven in politischen Entscheidungsprozessen.

Auf die folgenden Kernforderungen verständigt sich die Kinderkommission des Deutschen Bundestags in der 20. Legislaturperiode:

1. Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen

Es wurde deutlich, dass die bestehenden Strukturen parlamentarischer Gremien oft nicht ausreichend auf die Bedürfnisse junger Menschen ausgerichtet sind. Insbesondere der Zugang für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wird durch organisatorische und finanzielle Hürden erschwert - das gilt auch für Fachgespräche in der Kinderkommission.

Diese Hürden gilt es durch jugendgerechte Änderungen der Geschäftsordnung des Bundestags abzubauen, beispielsweise indem Reisekostenrichtlinien angepasst werden, um die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu reflektieren.

Aber auch viele politische Strukturen darüber hinaus sind nicht auf junge Menschen ausgerichtet. Hohe Kosten, komplizierte Sprache oder unflexible Termine erschweren die Beteiligung. Die Kinderkommission unterstützt niedrigschwellige, jugendgerechte Formate. Dazu gehören digitale Beteiligungsmöglichkeiten und eine verständliche Kommunikation. Politik muss für alle jungen Menschen



zugänglich sein - unabhängig von der Herkunft oder finanziellen Möglichkeiten

2. Generationenübergreifend denken und handeln

Jugendpolitik ist Zukunftspolitik, ebenso wie Politik für die jugendliche Gegenwart. Die Entscheidungen von heute prägen die Welt, in der junge Menschen heute und morgen leben. Diese Beobachtung unterstreicht die Notwendigkeit, Jugendpolitik als ganzheitliche Querschnittsaufgabe zu verstehen, die alle Lebensbereiche umfasst. Es bedarf also einer Perspektiverweiterung: Zusätzlich zu spezifischen Jugendthemen müssen die Belange junger Menschen auch in anderen Politikfeldern mitgedacht werden.

3. Mut und Gestaltungswillen junger Menschen stärken

Trotz vieler Krisen engagieren sich unzählige junge Menschen für eine bessere Zukunft. Diesen Mut und Gestaltungswillen wollen wir unterstützen und sichtbar machen. Wir setzen uns für mehr Freiräume und Ressourcen für jugendliches Engagement ein. Dazu gehören Förderprogramme, Vernetzungsangebote und die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit. Gemeinsam können wir eine lebenswerte Zukunft für alle Generationen gestalten.

Die Kinderkommission versteht sich als Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche und ist sich der Verantwortung bewusst, deren Belange und Bedürfnisse in den politischen Diskurs einzubringen. Es ist eine zentrale Aufgabe der Politik, die Lebensrealitäten junger Menschen in ihrer Vielfalt zu erfassen und in allen Politikbereichen mitzudenken. In diesem Sinne unterstreicht die Kinderkommission Forderungen der jugendlichen Sachverständigen, die nach den Themen der vorangegangenen Sitzungen sortiert auf den folgenden Seiten zu lesen sind. Ziel muss es sein, eine kind- und jugendgerechte Gesellschaft zu schaffen, in der alle jungen Menschen – heute und in der Zukunft – ein gutes Leben führen können.

Sitzung am 14. Juni 2023: Bildung, Schule, Digitalisierung und Medienpädagogik

Artikel 28 und Artikel 29 der UN-Kinderrechtskonvention erkennen das Recht des Kindes auf Bildung an. Es muss eine inklusive, hochwertige Bildung ermöglicht werden, die die



individuellen Talente der Kinder fördert und sie auf eine respektvolle und verantwortungsbewusste Teilhabe an der Gesellschaft vorbereitet. Von frühkindlicher Bildung und Grundschule, über die weiterführenden Schulen bis hin zu weiteren Bildungseinrichtungen steht im Zentrum, allen Kindern den Zugang zum Bildungswesen zu garantieren.

Die Sachverständigen berichteten, dass die Prinzipien eines kind- und jugendgerechten Bildungswesens an vielen Stellen noch nicht erfüllt sind: Die Stationen des Bildungswegs werden oft mehr als Hort des Leistungsdrucks statt der persönlichen Weiterentwicklung erlebt und jungen Menschen bleibt die aktive Mitgestaltung ihrer Lebenswelten und -orte oft verwehrt. Obwohl die Schule ein zentraler Bestandteil des Alltags junger Menschen ist, werden die Lebensrealitäten der Schüler*innen noch zu wenig einbezogen. Neben der formalen Wissensvermittlung sollten Schulen der Zukunft auch das Erleben und Erlernen von Demokratie sowie die Mündigkeit der Schüler*innen fördern, Lebenskompetenzen vermitteln und Mitbestimmung ermöglichen. Möglichkeiten und Einschränkungen in der Bildungsbiografie junger Menschen sind auch aktuell noch mit der Ressourcenstärke oder -armut des Elternhauses verwoben. So weicht die Förderung individueller Stärken und Interessen leider an vielen Stellen einem Gießkannenprinzip, das die Bewertung nach einem einheitlichen Raster trotz unterschiedlicher Voraussetzungen vorsieht.

Die Förderung der Motivation und Entfaltungsmöglichkeiten können im Rahmen eines guten Schulsystems, das auf die Folgen sozialer Ungleichheit reagiert, Chancengleichheit schafft, Schüler*innen als Subjekte wahrnimmt und ihre Entwicklung zu Demokrat*innen fördert, gestärkt werden. Die Kinderkommission unterstreicht die Forderungen der Sachverständigen und appelliert für ein kind- und jugendgerechtes Bildungsverständnis.

Die strukturelle und individuelle Stärkung und Förderung junger Menschen als Subjekte bei allen Stationen ihrer Bildungsbiographien. Schulen und außerschulische Bildungsinstitutionen sollen darin unterstützt werden, Schüler*innen Mitgestaltung und Selbstwirksamkeit durch Beteiligungsformate zu ermöglichen. Dies kann an vielen Stellen stattfinden, wie z.B. bei der Gestaltung digitalpolitischer Maßnahmen, durch Bedarfserhebungen in



der Berufsorientierung oder bei der frühkindlichen Bildung als Baustein der Demokratiebildung.

Die Förderung der Ziele und Grundprinzipien der Bildung für nachhaltige Entwicklung, da sie gesamtgesellschaftliche Veränderung an gute Bildungsorte koppelt und dabei die Lebens- und Demokratiekompetenzen junger Menschen fördert.

Die Stärkung von Projekten, die junge Menschen darin unterstützen, ihre Lernorte zu gestalten und dabei demokratische Prozesse zu erproben.

Digitalpolitische Maßnahmen und medienpädagogische Angebote, die an Lebensrealitäten junger Menschen anknüpfen, Erfahrungen junger Menschen ernstnehmen und dabei die Qualität von Lernen sowie Medienkompetenzen wirksam stärken.

Sitzung am 21. Juni 2024: Soziale Gerechtigkeit, Ausbildung, Arbeit

Die UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet Deutschland mit Artikel 26 damit das Recht jedes Kindes auf soziale Sicherheit zu erfüllen. Artikel 27 hält zudem fest, dass jeder junge Mensch ein Recht auf einen angemessenen Lebensstandard hat. Kinder sollen frei von Diskriminierung und Armut aufwachsen können und neben dem Recht auf Bildung auch das Recht auf eine gute Berufsausbildung genießen können.

Die Sachverständigen sehen die Erfüllung des Kinderrechts auf eine gute Ausbildungsqualität an einigen Stellen noch nicht erfüllt. Und auch der Ausbildungsreport 2024¹ belegt: Sieben von zehn Auszubildenden sind mit ihrer Ausbildung zufrieden, jedoch mindern fehlende Ausbildungspläne, das Übernehmen fachfremder Tätigkeiten, selten stattfindende Personalgespräche sowie unbezahlte Überstunden die Qualität von Ausbildungsstellen.

Trotz des Auftrags der UN-KRK nimmt das Kinderarmutsrisiko in Europa zu². In Deutschland bleibt die Armutsgefährdung insgesamt unverändert und es zeigt sich, dass die Möglichkeiten und Chancen auf einen angemessenen Lebensstandard immer noch nicht für alle

¹ DGB (2024): Ausbildungsreport 2024. Abrufbar unter: <https://jugend.dgb.de/ausbildung/ausbildungsreport/++co++67df85de-4a73-11ef-a812-ad9721390348>

² <https://de.statista.com/infografik/29594/anteil-von-armut-bedrohter-kinder-in-europa/>



Kinder und Jugendliche gegeben sind. Die Sachverständigen beklagen, dass die Inflation die alltäglichen Ausgaben in die Höhe treibt, die Mieten in großen Teilen Deutschlands weiter steigen und für viele Azubis ihr Ausbildungsgehalt nicht ausreicht, um die Lebenshaltungskosten zu bezahlen. Parallel grassieren immer wieder Diskurse um die arbeitsunwillige oder junge Generation. Die Sachverständigen äußerten, dass die Forderung junger Menschen durch Ausbildung und Arbeit Sinn, materielle Absicherung, Work-Life-Balance und Selbstwirksamkeit zu erfahren, solle nicht als „faul“ diffamiert werden, sondern als legitimer und vernünftiger Anspruch an Institutionen verstanden werden. Auch der von den Sachverständigen formulierte Anspruch junger Menschen an ein Bildungssystem, das Kompetenzen vermittelt, statt soziale Undurchlässigkeiten und gesellschaftliche Hierarchien aufrechtzuerhalten, spricht für Mündigkeit und dem Streben nach einer emanzipatorischen Entwicklung der Gesellschaft.

Gerade für junge Menschen mit Behinderung seien Bildungswesen und Arbeitswelt mit noch größeren Hürden verbunden, wie die zwei Sachverständigen vom Selbstvertretungsnetzwerk junger Menschen mit Behinderungen bbe e.V. schilderten. Obwohl Interesse und Fähigkeiten gegeben wären, seien gerade Menschen mit Assistenzbedarf dazu gezwungen, ihre Schul- und Ausbildungslaufbahn frühzeitig zu beenden, da ihnen die notwendige Unterstützung nicht zur Seite gestellt wird. Die fehlende Inklusion nicht-sprechender Schüler*innen sowie die strukturellen Hürden, fehlende Förderstättenplätze und Assistenzen sowie der Mangel an barrierefreiem Wohnraum und Nahverkehr führe dazu, dass junge Menschen mit Behinderung zu einem fremdbestimmten Leben gezwungen sind.

Die UN-KRK sowie die UN-Behindertenkonvention sehen vor, dass Zugang zu Bildung, Schulabschlüssen, inklusiven Freizeitangeboten und Gesundheitsversorgung ermöglicht wird und trotzdem fehlt es jungen Menschen mit Behinderung an Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten. Ausbildungs- und Bildungspolitik muss die Belange junger Menschen mit Behinderung konsequenter mitdenken, um die strukturellen Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben zu schaffen.



Sitzung am 5. Juli 2023: Freizeit, Kultur und Stadtplanung

Artikel 12 der UN-KRK sichert das Recht auf Partizipation – das Recht aller Kinder gehört und ernstgenommen zu werden – ab. Neben dem Recht, sich eine Meinung zu bilden und diese frei zu äußern, beauftragt die UN-Kinderrechtskonvention die Vertragsstaaten wie Deutschland damit, den Kindeswillen angemessen und entsprechend dem Alter sowie der Reife zu berücksichtigen. Darüber hinaus gilt es – angelehnt an Artikel 31 UN-KRK – die Beteiligung an Freizeit, kulturellem und künstlerischem Leben zu fördern.

Ihr Recht auf Berücksichtigung sehen junge Menschen an vielen Stellen noch nicht erfüllt: Laut Kinderreport 2024 fordern 92 Prozent der befragten jungen Menschen mehr Investitionen zur Bereicherung ihrer Lebenswelten durch Kinder- und Jugendarbeit, wie z.B. Jugendclubs³. Gerade an Orten mit geringer Ausstattung, z.B. durch fehlende außerschulische Angebote oder einem Mangel an öffentlichen Verkehrsmitteln beschränke sich die Freizeit junger Menschen auf die Schule oder die eigene Wohnung, so die Sachverständigen. Der Zugang zu Freizeitaktivitäten sei an vielen Stellen davon abhängig, wie strukturstark ein Ort, aber auch wie stark oder schwach eine Familie sozio-ökonomisch aufgestellt ist. Darüber hinaus beklagten die Sachverständigen, würden junge Menschen in vielen Bereichen der Gesellschaft auch bei der Gestaltung ihrer Lebensorte oft nicht einbezogen und ernst genommen. Dies könne dazu führen, dass Formate und Angebote nicht angenommen werden und z.B. das neue Jugendzentrum leer bleibt, da die Konzeption und Umsetzung an den Lebensrealitäten und Bedürfnissen der Zielgruppe vorbeigeht.

Orte werden zu geschützten, lebenswerten kind- und jugendgerechten Orten, indem junge Menschen sie selbstbestimmt und selbstwirksam gestalten können. Mitbestimmung und Selbstermächtigung seien essenziell für die Demokratie, da sie Jugendliche die Erfahrung machen lassen, dass demokratische Strukturen für die Umsetzung ihrer Interessen förderlich sind, so die Sachverständigen.

Ob junge Menschen sich selbst als Gestalter*in der Gesellschaft wahrnehmen, ist oft an den ökonomischen

³ Deutsches Kinderhilfswerk (2024): Kinderreport 2024: Demokratiebildung in Deutschland. Abrufbar unter: <https://www.dkhw.de/informieren/unsere-themen/kinderrechte/kinderreport/>



Status sowie den Bildungshintergrund des Elternhauses gekoppelt. Angebote und Partizipationsprozesse müssen also für breitere Zielgruppen gestaltet werden, so dass die Einbringung für junge Menschen mit den verschiedensten Hintergründen zugänglich und attraktiv ist.

Aus den Forderungen der Sachverständigen leiten sich folgende Wünsche an die Politik ab:

- Investitionen in eine Infrastruktur für junge Menschen, die sie als Subjekte und Gestalter*innen ernstnimmt und einbezieht.
- Die bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung von Projekten, die jungen Menschen die Gestaltung ihrer Lebenswelten ermöglichen.
- Bei der Konzeption und der finanziellen Ausstattung von Bundesprogrammen ist darauf zu achten, dass Peer-to-Peer Ansätze sowie Formate, welche die Selbstermächtigung und Selbstorganisation fokussieren, genutzt werden.
- Förderung von Forschungsprojekten, die die Bedarfe junger Menschen anhand partizipativer Forschungsmethoden erheben.
- Die Jugendstrategie der Bundesregierung muss über die laufende Wahlperiode hinweg fortlaufend mit Leben gefüllt werden. Die Umsetzung der Ergebnisse und Empfehlungen des Nationalen Aktionsplans für Kinder- und Jugendbeteiligung sind auch in den folgenden Wahlperioden zu überprüfen.

Sitzung am 20.September 2023: Umwelt

Artikel 24 der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet die Vertragsstaaten, das Recht jedes Kindes auf das höchstmögliche Maß an Gesundheit zu gewährleisten und geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung von Umweltverschmutzung zu ergreifen. Dies umfasst den Schutz vor den negativen Folgen von Luftverschmutzung, Abfallproblemen und dem Rückgang der Biodiversität. Die Verbindung zwischen einer intakten Umwelt und der Lebensqualität von Kindern ist offensichtlich: saubere Luft, nachhaltige Lebensräume und eine gesunde Natur sind Grundlagen für das Wohlbefinden und die Entwicklung der kommenden Generationen.



Die Kinderkommission erkennt an, dass trotz zahlreicher Bemühungen weiterhin erhebliche Defizite bestehen, die Umweltprobleme in Angriff zu nehmen. Es bedarf verstärkter Anstrengungen auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen, um Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen konsequent umzusetzen und dabei die Interessen und Perspektiven der jungen Generation aktiv einzubeziehen.

Aus den Forderungen der Sachverständigen leiten sich folgende Wünsche an die Politik ab:

- Bildung für nachhaltige Entwicklung: Integration von Themen wie Umwelt- und Klimaschutz in den schulischen Lehrplan, unter anderem durch praktische Projekte, Infomaterialien und Mitmachaktionen, um das Bewusstsein junger Menschen zu stärken.
- Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Entwicklung und Umsetzung von Beteiligungsformaten, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, aktiv an der Gestaltung von Maßnahmen für Umwelt- und Naturschutz teilzuhaben.

Sitzung am 11.Oktober 2023: Mobilität und Klima

Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet Deutschland dazu, junge Menschen bei Entscheidungen, die sie betreffen, anzuhören und ihre Meinungen zu berücksichtigen. Angesichts der zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels auf die Lebensgrundlagen heutiger und zukünftiger Generationen ist die Gestaltung einer nachhaltigen Mobilität ein zentraler Baustein, um Umwelt- und Klimaschutz voranzutreiben.

Junge Menschen müssen verstärkt an der Gestaltung von Mobilitätskonzepten beteiligt werden, um deren Alltag und Perspektiven angemessen zu berücksichtigen.

Aus den Forderungen der Sachverständigen leiten sich folgende Wünsche an die Politik ab:

- Stärkung des ÖPNV, insbesondere unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in diesem Bereich.



- Durch Verkehrsberuhigung sollte eine Verbesserung der Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum geschaffen werden.
- Bildungsmaßnahmen zur Mobilität: Integration von Mobilitätsbildung in den schulischen Unterricht, um Kindern und Jugendlichen die Bedeutung und Möglichkeiten nachhaltiger Verkehrskonzepte nahezubringen.
- Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Einrichtung von Jugendgremien wie zum Beispiel entscheidungsfähige Kinder- und Jugendparlamente, die aktiv in Planungsprozesse zur Verkehrs- und Mobilitätsgestaltung eingebunden werden.

Sitzung am 18. Oktober 2023: Rassismus – Antirassismus

In Artikel 2 der UN-Kinderrechtskonvention ist festgelegt, dass Kinder das Recht auf Gleichbehandlung haben. Als Vertragsstaat der UN-KRK hat Deutschland die Aufgabe, dass Kinder und Jugendliche vor allen Formen der Diskriminierung oder Benachteiligung geschützt werden. Junge Menschen haben die gleichen Rechte – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, Behinderung sowie der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft. Zudem wird in Artikel 22 UN-KRK festgehalten, dass geflüchteten Kindern angemessener Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zustehen.

Ob Schule, Bildungssystem, Arbeitswelt oder Gesundheitswesen - das Erleben und die Bedürfnisse junger Menschen mit Rassismuserfahrung sowie eigener oder familiärer Migrationsgeschichte müssen in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit anerkannt werden. Die Kinder- und Jugendarbeit schafft dafür höchstrelevante außerschulische Lern- und Begegnungsorte für junge Menschen. Wie die Sachverständigen berichten, stellten Jugendverbände und Selbstorganisationen gerade für marginalisierte Jugendliche nicht nur einen wichtigen politischen Hebel zur Interessenvertretung dar, sondern fungierten als Ort zur Erfahrung von Selbstermächtigung, Selbstentfaltung, Gemeinschaft und gesellschaftlicher Partizipation. Im Rahmen von Jugendverbänden und Selbstorganisationen können gerade migrantisierte Jugendliche Empowerment sowie Solidarität erfahren und zur Verantwortungsübernahme in der Gesellschaft ermutigt werden.



Die Sachverständigen stellen klar heraus: Neben der Ermöglichung von Selbstwirksamkeitserfahrungen von betroffenen jungen Menschen, geht es um die Bekämpfung von Rassismus als staatliche Aufgabe. Um die Demokratie zu stärken und z.B. Artikel 2 der UN-KRK umsetzen zu können, müssen antirassistische Projekte und Initiativen weiterhin angemessen gefördert werden. Bildungsinitiativen, Kompetenzzentren und -netzwerke sowie konkrete Projekte im Bereich der Demokratieförderung und Antidiskriminierung sind wichtige Grundpfeiler, um sowohl junge Menschen mit Rassismuserfahrung zu unterstützen als auch gesamtgesellschaftlichen Wandel voranzutreiben.

Aus den Forderungen der Sachverständigen leiten sich folgende Wünsche an die Politik ab:

- Die haushalterische Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit sowie die Förderung von antirassistischen Projekten als wichtiger Eckpfeiler zum Empowerment junger Menschen und damit zur Stärkung einer demokratischen, vielfältigen Gesellschaft. Die bedarfsgerechte Ausstattung des Kinder- und Jugendplans ist hierfür essenziell.
- Einen diskriminierungssensiblen Blick auf Voraussetzungen und Rahmenbedingungen staatlicher Fördermittelvergabe, um die Einbringungsmöglichkeiten von migrantisierten Jugendlichen sicherzustellen.
- Junge Menschen müssen verstärkt vor Hassverbrechen geschützt werden. Rassistische Angriffe und Verbrechen müssen benannt, aufgeklärt und aufgearbeitet werden.

Sitzung am 8. November 2023: Queer

Die UN-KRK hält fest, dass jeder junge Mensch das Recht auf ein diskriminierungsfreies Leben und dem Schutz vor Gewalt hat (Art. 2, 19 UN-KRK). Viele junge queere Menschen können sich weder zuhause noch in der Schule vollständig sicher fühlen. Sie erleben mitunter gesamtgesellschaftliche und persönliche Abwertung, Diskriminierung, Ausschlüsse bis hin zu Gewalt. In einer freien, vielfältigen Gesellschaft muss garantiert werden, dass alle jungen Menschen sich sicher fühlen – unabhängig von Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung.



Die geladenen Sachverständigen mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten spiegelten auch die Vielfalt der Belastungen wider: familiäre Verwerfungen aufgrund eines Outings, die Pathologisierung von Transpersonen, fehlende Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten bei medizinischem Personal, der Mangel an Räumen für queere Jugendliche oder die Benachteiligung von Regenbogenfamilien. Die Möglichkeiten die eigene Sexualität und Geschlechtsidentität ohne Diskriminierung und Stigmata zu erkunden und damit ein selbstakzeptierendes und – bewusstes Verhältnis zu sich selbst zu entwickeln, fehlt vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Junge Queers haben das Recht, sich sicher und geborgen zu fühlen. Bildungsarbeit in Schulen und außerschulischen Lern- und Bildungsangeboten, Fortbildungen für Lehrer*innen, pädagogisches sowie medizinisches Fachpersonal sowie Beratungsangebote für junge queere Menschen sowie Eltern können einen großen Beitrag leisten und wurden daher von den Sachverständigen eingefordert.

Aus den Forderungen der Sachverständigen leiten sich folgende Wünsche an die Politik ab:

- Die finanzielle Unterstützung von Projekten und Verbänden, die Räume der Solidarität, Gemeinschaft und Selbstbestimmung auch für junge queere Menschen bieten. Da viele junge Menschen aufgrund z.B. des Alters, Geschlechts oder ihrer Herkunft von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind, ist die Ansprache und Teilhabe verschiedener Zielgruppen besonders relevant.
- Die Absicherung und Unterstützung von nachhaltigen Strukturen, die junge Menschen vor Diskriminierung schützen ist daher von großer Bedeutung.
- Die Erforschung von Auswüchsen und Funktionsweisen queerfeindlicher Gewalt. Darüber hinaus sollten das Erleben und die Bedarfe queerer junger Menschen erforscht und an die Politik herangetragen werden. Gerade die Erfahrungen von inter- und transgeschlechtlichen sowie nicht-binären Jugendlichen sind in der Forschung stark unterbelichtet.



Sitzung am 15.November 2023: Rente

Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes besagt, dass die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Bundesstaat ist. Dieser Artikel, bestärkt durch den Beschluss vom 24.März 2021 des Bundesverfassungsgerichts⁴ impliziert, dass die Interessen aller Generationen, einschließlich der jungen Menschen, in politischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden müssen, denn: “Das Grundgesetz verpflichtet unter bestimmten Voraussetzungen zur Sicherung grundrechtsgeschützter Freiheit über die Zeit und zur verhältnismäßigen Verteilung von Freiheitschancen über die Generationen”.

Die junge Generation in Deutschland sieht sich angesichts der demografischen Entwicklungen in Zukunft mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert, wenn es um das Thema Rente geht. Die zur Sitzung geladene Jugend-Enquete-Kommission moniert daher, dass junge Leute zu wenig zum Thema Rente gehört werden. Sie haben sich bei der Erstellung ihres vorgestellten Positionspapiers auf drei Themenschwerpunkte fokussiert:

- Finanzierbarkeit zukünftiger Renten
- Gender Pension Gap
- Niedriglohnsektor

In diesen drei Feldern ergeben sich für die Jugend-Enquete-Kommission diverse Handlungsbedarfe, um Altersarmut entgegenzuwirken.

Aus den Forderungen der Sachverständigen leiten sich folgende Wünsche an die Politik ab:

- Konstante Partizipation junger Menschen, bei allen Themenbereichen, die sie betreffen.
- Bildung zum Thema Rente, idealerweise schon in der Schule.
- Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge mit staatlicher Unterstützung in einem OptOut-System als flankierende Maßnahme zur gesetzlichen Rente.
- Auflösung des Gender Pay Gap und somit auch des Gender Pension Gap durch eine entsprechende Arbeitsmarktpolitik.

⁴ BVerfG, Beschluss vom 24. März 2021 - 1 BvR 2656/18, 1 BvR 96/20, 1 BvR 78/20, 1 BvR 288/20.



- Stärkung der Tarifbindung, um die Löhne von heute und somit die Renten von morgen zu stärken

Sitzung am 13. Dezember 2023: Beteiligung und Demokratie

Ihr Recht auf Gehör und Beteiligung sehen junge Menschen an vielen Stellen noch nicht erfüllt: Laut Kinderreport 2024 des deutschen Kinderhilfswerk sind 91 Prozent der Kinder und Jugendlichen der Auffassung, dass die Interessen der jungen Generation stärker in der Politik berücksichtigt werden sollten⁵.

Die Sachverständigen machten deutlich: Junge Menschen interessierten sich für Politik und seien bereit dazu, Verantwortung zu übernehmen und die Gesellschaft mitzugestalten. Gleichzeitig hätten sie den Eindruck, kaum mit ihren Bedürfnissen und Anliegen Gehör zu finden oder selbst Einfluss auf die Entwicklungen nehmen zu können. Bereits im jungen Alter erschließt bzw. beschränkt sich ausgehend von den ökonomischen und immateriellen Ressourcen des Elternhauses sowie der Schulform der Zugang zu politischer Bildung, politischen Partizipationsformen und im Verlaufe des Lebens das Vertrauen in Institutionen sowie die Beteiligung an Wahlen. Maßnahmen im Bereich der politischen Teilhabe müssen sowohl als Stärkung der Demokratie als auch als Teilbereich der Gesundheitsförderung betrachtet werden. So zeigt sich, dass Einsamkeit mit Verschwörungsmentalität und autoritären Einstellungen zusammenhängen kann⁶.

Die Sachverständigen konnten mit ihren sich ergänzenden Perspektiven verdeutlichen, dass die Ansichten und Wünsche junger Menschen in allen Teilbereichen der Gesellschaft oft relativiert oder ignoriert werde. Dabei haben Kinder und Jugendliche das Recht die Gesellschaft, in der sie leben, mitzugestalten. Hierfür bräuchte es strukturelle Veränderungen, aber auch konkrete Beteiligungsformate. Orte wie Jugendparlamente sind wichtig, aber oft für politikaffine Jugendliche oder Menschen aus akademischen Haushalten attraktiv. Eine Chance junge Menschen mit den verschiedensten Hintergründen anzusprechen, ist dort tätig zu werden, wo sich Kinder und Jugendliche tatsächlich bewegen und sie in ihren Lebenswelten abzuholen.

⁵ Deutsches Kinderhilfswerk (2024). Kinderreport 2024. [Online verfügbar unter: <https://www.kinderrechte.de/kinderrechte/kinderreport-deutschland>]

⁶ Progressives Zentrum (2023): Extrem einsam? Eine Studie zur demokratischen Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland. Abrufbar unter: <https://www.progressives-zentrum.org/publication/extrem-einsam/>



Niedrigschwelligkeit, Vereinbarkeit mit dem stressigen Schulalltag, klare Ziele, Gemeinschaft und zielgruppengerechte Ansprache spielen hierbei eine große Rolle. Durch die Erfahrung von Sinn, Selbstwirksamkeit und Mündigkeit wird Demokratie nicht nur theoretisch diskutiert, sondern tatsächlich erlebt. Dies kann zudem als Stärkung der seelischen Gesundheit, aber auch als Präventionsmaßnahme gegen autoritäre Einstellungen fungieren.

Aus den Forderungen der Sachverständigen leiten sich folgende Wünsche an die Politik ab:

- Investitionen in Strukturen, die die Perspektiven und Forderungen junger Menschen ernstnehmen und sie als Subjekte stärkt.

Die bedarfsgerechte und dynamisierte Förderung von Projekten soll im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, jungen Menschen die Gestaltung ihrer Lebenswelten ermöglichen. Gerade Formate, die von der Simulation klassischer politischer Institutionen abweichen und auch andere Formen des Engagements fördern, sollten vermehrt gefördert werden. Bei der Konzeption von Projekten ist besonders auf den zielgruppenorientierten Einbezug von jungen Menschen aus ressourcenarmen Elternhäusern zu achten.

Im Original gezeichnet
Emilia Fester, MdB